

Militär soll in der Senne bleiben

Hövelhofer Parteien legen Resolution vor

Hövelhof (hpm). Die im Hövelhofer Gemeinderat vertretenen Parteien haben in der Sitzung des Bauausschusses eine gemeinsame Resolution zur Senne vorgelegt. Ein Beschluss darüber soll in der nächsten Ratssitzung am 14. April gefasst werden.

In dem von den drei Fraktionsvorsitzenden Wilfried Lappe (CDU), Mario Schäfer (SPD) und Rudi Lindemann (FDP) unterzeichneten Text bedauert der Rat die Ankündigung der Briten, ihre Streitkräfte aus der Senne abziehen zu wollen. Die Landesregierung wird aufgefordert, Gespräche mit der britischen Regierung zu führen, diese Entscheidung zu überdenken. Parallel wird die Landesregierung zu einem klaren Bekenntnis für den Erhalt des Bundeswehr-Standortes Augustdorf aufgefordert. Sie soll sich bei der Bundesregierung im Rahmen der Bundeswehr-Strukturreform für den Erhalt einsetzen.

Die Gemeinde Hövelhof setzt sich in der Resolution für den Erhalt der Kulturlandschaft Senne unter Beibehaltung der bisherigen Nutzung ein: »Vorrang hat in diesem Zusammenhang die fortge-

setzte militärische Nutzung der Senne durch die britischen Streitkräfte, die Bundeswehr und andere NATO-Streitkräfte.

Wenn alle Militärs abziehen, soll die Senne unter Schutz gestellt werden. Wörtlich heißt es: »Die Ausweisung von großflächigen Prozessschutzbereichen als mögliche Option im Gebiet des heutigen Truppenübungsplatzes Senne wird aus ökologischen und ökonomischen Gründen abgelehnt.«

Ein möglicher »Schutzraum Senne« sollte im Bereich der Gemeinde Hövelhof auf den Truppenübungsplatz begrenzt werden. Eine Ausweitung auf noch nicht unter Schutz stehende Flächen innerhalb der Gemeinde Hövelhof wird eindeutig abgelehnt.

Der Rat fordert die Landesregierung auf, eine Entscheidung über die Zukunft der Senne »ausschließlich im regionalen Konsens zu suchen«. Daran sollen die Kommunen, die gewählten politischen Vertreter in den Kreistagen sowie in Städte- und Gemeinderäten sowie die Bürger in der Region »intensiv« beteiligt werden.

Letztlich fordern die Politiker, die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur zu prüfen. Alle Anrainerkommunen müssten in gleichem Maße am Infrastrukturausbau eines etwaigen Schutzgebietes beteiligt werden.